

**Dies ist eine
unverbindliche
Darstellung der
eForms-
formatierten
Bekanntmachung.**

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Kreis Pinneberg, Zentrale Vergabestelle

**Die Darstellung
beruht auf der
verwendeten
eForms-
version
eforms-de-2.1**

Art des öffentlichen Auftraggebers: Kommunalbehörden

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers:
Allgemeine öffentliche Verwaltung

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: 10-31-26-189; Ganztagsangebot mit Ferienbetreuung an den beiden Förderzentren des Kreises Pinneberg

Beschreibung: Der Kreis Pinneberg ist Träger der Förderzentren für geistige Entwicklung in Appen und Elmshorn. An der Raboisenschule in Elmshorn und der Heideweg-Schule in Appen soll ab den 01.02.2027 das bestehende Ganztagsangebot inklusive Ferienbetreuung bis 22.06.2029 fortgesetzt werden. Ergänzend hierzu soll für die jeweils ersten Klasse ein Ganztagsangebot (mit Ferienbetreuung auf Basis des bundeseinheitlichen Rechtsanspruches gem. § 24 Abs. 4 SGB VIII) angebunden werden.

Kennung des Verfahrens:
0b48888f-331b-47aa-97ab-04216723473c

Interne Kennung: 10-31-26-189

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85300000
Dienstleistungen des Sozialwesens und zugehörige Dienstleistungen

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 75200000
Kommunale Dienstleistungen

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 85312100
Betreuung in Tagesstätten

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 85320000
Dienstleistungen im Sozialwesen

2.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: Pinneberg (DEF09)

Land: Deutschland

2.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: Pinneberg (DEF09)

Land: Deutschland

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Alle Leistungen sind im eigenen Betrieb oder -im Falle von zugelassenen Bietergemeinschaften- in den Betrieben der Mitglieder auszuführen. Die Benennung von Nachunternehmern, Eignungs(ver)leihern, o.Ä. ist entsprechend ausdrücklich ausgeschlossen.

Zum Angebot zählende Unterlagen dürfen nicht durch bloße Mitteilung eines Hyperlinks, Cloudzuganges und/oder Bereitstellung außerhalb der von der Vergabestelle für dieses Vergabeverfahren verbindlich erklärten Zugangswege zur Verfügung gestellt werden.

Anderenfalls gelten diese als fehlend, verbunden mit den jew. daraus folgenden, vergaberechtlichen Konsequenzen.

Soweit Unterlagen elektronisch eingereicht werden (müssen), sind dabei die Vorgaben des für dieses Vergabeverfahren für verbindlich erklärten Zugangsweges an Dateityp, Dateigröße und/oder Dateiname einzuhalten bzw. durch Umformatierung, Dateiaufteilung und/oder Änderung des Dateinamens entsprechend anzupassen. Eingereichte Unterlagen, die nicht diesen Anforderungen entsprechen, gelten als fehlend, verbunden mit den jew. daraus folgenden, vergaberechtlichen Konsequenzen.

Damit eine reibungslose Kommunikation möglich werden kann, wird dringend empfohlen

sich – soweit nicht bereits geschehen – auf der eVergabeplattform „Deutsche eVergabe“ (<https://www.deutsche-evergabe.de/>) freiwillig und kostenlos zu registrieren. Ohne eine solche Registrierung kann die Vergabestelle die nicht registrierten Bewerber/Bieter über nachträgliche Informationen nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es diesen, sich auf der eVergabeplattform regelmäßig selbst über etwaige Änderungen zu informieren.

Informationen zu den verwendeten elektronischen Mitteln, den technischen Parametern zur Einreichung elektronischer Angebote sowie zu verwendeten Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren entnehmen Sie bitte den beim Vergabeportal hinterlegten Nutzungsbedingungen. Es wird dringend empfohlen, die technischen Voraussetzungen und Kompatibilitäten zur Einreichung rechtzeitig vor Ablauf der benannten Angebotsfrist zu klären und zu verifizieren, damit eine ordnungsgemäße Übermittlung sichergestellt ist.

Angebote, die nach Ablauf der vorgenannten Frist eingehen, werden ausgeschlossen, soweit dies nicht im Wesentlichen auf ein Verschulden der Vergabestelle bzw. ein ihr zurechenbares Verschulden eines Dritten (z.B. des eVergabe-Plattformbetreibers) zurückzuführen ist. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können auch bereits an die eVergabeplattform übermittelte oder teilweise übermittelte Angebote jederzeit zurückgezogen werden.

Lesen Sie die beigegefügteten Unterlagen bitte sorgfältig durch und nutzen Sie bei Unklarheiten die Möglichkeit, Bieterfragen zu stellen. Um die Beantwortung Ihrer Bieterfragen gewährleisten zu können, müssen diese bis spätestens 7 Tage vor Ablauf der Angebotsfrist eingegangen sein.

Achten Sie insbesondere darauf, alle erforderlichen Unterlagen wie in der Vergabeunterlage "10-31-26-189_FB02_Aufforderung zur Angebotsabgabe" unter "C) die, so-weit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind" und "B) Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen" erwähnt mit ihrem Angebot einzureichen. Ohne diese Unterlagen wird Ihr Angebot -ohne die Möglichkeit der Aufklärung oder/und Nachforderung- ausgeschlossen werden.

Die Bindefrist wird mit 63 Kalendertage festgesetzt, um die Feiertage zwischen dem Jah-reswechsel auszugleichen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 2

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 2

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung:

Betrug oder Subventionsbetrug:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung:

Bildung krimineller Vereinigungen:

Bildung terroristischer Vereinigungen:

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen:

Schwere Verfehlung:

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens:

Interessenkonflikt:

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung:

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags:

Rein nationale Ausschlussgründe:

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben:

Einstellung der beruflichen Tätigkeit:

Zahlungsunfähigkeit:

Insolvenz:

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren:

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: (Fach)Los 1 Heidewegschule

Beschreibung: Es handelt sich um ein Förderzentrum für geistige Entwicklung. Daher sind besondere Betreuungsmaßstäbe anzulegen bzw. ist entsprechend ausgebildetes Personal notwendig.

Nähere Details sind der Leistungsbeschreibung sowie der Anlagen 1.1.1, 1.1.2, 1.2.1 und 1.2.2 zu entnehmen.

Bitte nutzen Sie für Ihre Eintragungen die zur Verfügung gestellte WORD-Datei (.docx)

"10-31-26-189 Anlage 4 Preisblatt FB alle Lose".

Das (Fach)Los 1 Heidewegschule in Appen-Etz setzt sich zusammen aus OGTA mit und ohne

Rechtsanspruch und Ferienbetreuung mit und ohne Rechtsanspruch. Die Abgabe eines Angebotes für das Fachlos 1 muss somit jeweils die Teillose 1 und 2 umfassen.

Dabei soll das Teillos 1 als OGTA und Ferienbetreuung auf Basis des bestehenden Betreuungsumfanges an der Heidewegschule "ohne Rechtsanspruch" verstanden werden.

Teillos 2 soll als OGTA und Ferienbetreuung an der Heidewegschule auf Basis "mit Rechtsanspruch" verstanden werden.

Die Zuschlagskriterien für OGTA mit und ohne Rechtsanspruch lauten wie folgt:

- Inhaltliche Ausgestaltung des vorzulegenden OGTA-Konzeptes = Gewichtung 33%
- Nachweis und Auflistung über die Qualifikation des einzusetzenden Personals = Gewichtung 34 %
- Kostenkalkulation/ Gesamtangebot des Trägers = Gewichtung 33 %

Die Zuschlagskriterien für Ferienbetreuung mit und ohne Rechtsanspruch lauten wie folgt:

- Inhaltliche Ausgestaltung des vorzulegenden Betreuungskonzeptes = Gewichtung 33 %

- Nachweis und Auflistung über die Qualifikation und die Erfahrung des einzusetzenden Personals = Gewichtung 35 %
- Kostenkalkulation/ Gesamtangebot des Trägers = Gewichtung 32 %

Die Wertung zu Fachlos 1 findet auf Basis der Anlage 1a (für den OGTA) und Anlage 5a (für die Ferienbetreuung) statt. Dabei fließt das Ergebnis gem. Anlage 1a zu 80 % und das Ergebnis gem. Anlage 5a zu 20 % in das Gesamtbewertungsergebnis ein.

Interne Kennung: 0001

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85312100
Betreuung in Tagesstätten

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 75200000
Kommunale Dienstleistungen

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 85300000
Dienstleistungen des Sozialwesens und zugehörige Dienstleistungen

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 85320000
Dienstleistungen im Sozialwesen

5.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: Pinneberg (DEF09)

Land: Deutschland

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/02/2027

Enddatum der Laufzeit: 22/06/2029

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): nein

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: Keine strategische Beschaffung

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums:

Folgende Unterlagen sind mit Angebot einzureichen, sofern diese zutreffend für den Bieter / Arbeitsgemeinschaft ist:

- Angabe des Umsatzes der letzten 3 Geschäftsjahre;
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte;
- Angabe über das Vorliegen einer Insolvenz / Liquidation, ggf. Vorlage rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan;
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist;
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt;
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers;
- Nachweis gewerberechtlicher Voraussetzung für die Ausführung;
- Nachweis Präqualifizierung / Eigenerklärung Eignung: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in das amtliche Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und

Dienstleistungsbereich (DIHK). Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist Bestandteil der Vergabeunterlagen zu dieser Ausschreibung.

- Eigenerklärung EU: Weiterhin ist die „Eigenerklärung EU zu EU Sanktionen gegen Russland“ vom Bieter auszufüllen und unterschrieben mit dem Angebot einzureichen.
- Verpflichtungserklärung nach § 4 VGSH: Bieter müssen die Verpflichtungserklärung zur Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen, Mindest- und Tariflohn gemäß § 4 Vergabegesetz Schleswig-Holstein vom 08.02.2019 – VGSH -in der derzeit gültigen Fassung- (ab einem geschätzten Auftragswert von 20.000 Euro netto) mit Einreichung des Angebotes abgeben. Gelangt das Angebot in die engere Wahl haben präqualifizierte und nicht präqualifizierte Unternehmen einen Nachweis der Entrichtung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung einzureichen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums:

Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

Mit Angebot legt der Bieter, orientierend an den unter Rahmenbedingungen beschriebenen Leistungen (Zeitstruktur und inhaltliche Gestaltung), mindestens 2 aussagekräftige Referenzen dazu vor. Die Referenzen beziehen sich auf einen Zeitraum von mindestens 3 Jahren in den letzten 4 Jahren. Die benannten Referenzen müssen jeweils ein Auftragsvolumen von mindestens netto 50.000,00 Euro jährlich gehabt haben. Die geforderten Referenzen sind jeweils nur einmal für das gesamte Fachlos 1 und / oder Fachlos 2 (abhängig davon, ob ein oder beide Lose angeboten werden) vorzulegen und müssen sich mindestens auf das OGTA bzw. GTA (sh. auch Anl. 1.1.1 bis 2.4.2) beziehen. Zu den Referenzen werden

Ansprechpartner*innen mit Kontaktdaten vorgelegt.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/0b48888f-331b-47aa-97ab-04216723473c

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/0b48888f-331b-47aa-97ab-04216723473c

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Nebenangebote: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote:
16/11/2026 10:00 +01:00

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 63 Tag

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin - Beschreibung: Bieter sind bei der Eröffnung gem. § 55 Abs. 2 VgV nicht zugelassen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: Nein

Bedingungen für die Ausführung des

Auftrags: Es liegen die Vertragsmuster den Vergabeunterlagen bei. Sofern nicht anders in den Verträgen geregelt, gilt die VOL/B. Die gilt insbesondere für die Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen gemäß § 17 VOL/B.

Der AN hat eine Vertragsstrafe für Verzug bei Überschreitung der Ausführungsfristen für jede vollendete Woche 0,5 Prozent desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann, zu zahlen. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht. Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 8 Prozent der an den Auftragnehmer zu zahlenden Vergütung (= objektiv berechnete Schlussrechnungssumme ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Eine Vertragserfüllungsbürgschaft wird nicht vereinbart. Eine Sicherheit für Mängelansprüche wird nicht vereinbart.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1)

Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB

innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar

sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar

sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15

Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

(5) Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages

hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne

vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union

vergeben hat, ohne dass dies auf Grund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit

nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen

nach der Information der betroffenen Bieter und

Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber

über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss

geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt

der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung

der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135

GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Kreis Pinneberg, Zentrale Vergabestelle

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0002

Titel: (Fach)Los 2 Raboisenschule

Beschreibung: Es handelt sich um ein Förderzentrum für geistige Entwicklung. Daher sind besondere Betreuungsmaßstäbe anzulegen bzw. ist entsprechend ausgebildetes Personal notwendig.

Nähere Details sind der Leistungsbeschreibung sowie der Anlagen 2.3.1, 2.3.2, 2.4.1, 2.4.2 zu entnehmen.

Bitte nutzen Sie für Ihre Eintragungen die zur Verfügung gestellte WORD-Datei (.docx)

"10-31-26-189 Anlage 4 Preisblatt FB alle Lose".

Das (Fach)Los 2 Raboisenschule in Elmshorn setzt sich zusammen aus OGTA mit und ohne

Rechtsanspruch und Ferienbetreuung mit und ohne Rechtsanspruch. Die Abgabe eines Angebotes

für das Fachlos 2 muss somit jeweils die Teillose 3 und 4 umfassen.

Dabei soll das Teillos 3 als OGTA und Ferienbetreuung auf Basis des bestehenden Betreuungsumfanges an der Raboisenschule "ohne Rechtsanspruch" verstanden werden.

Teillos 4 soll als OGTA und Ferienbetreuung an der Raboisenschule auf Basis "mit Rechtsanspruch" verstanden werden.

Die Zuschlagskriterien für OGTA mit und ohne Rechtsanspruch lauten wie folgt:

- Inhaltliche Ausgestaltung des vorzulegenden OGTA-Konzeptes = Gewichtung 33%

- Nachweis und Auflistung über die Qualifikation des einzusetzenden Personals = Gewichtung 34 %

- Kostenkalkulation/ Gesamtangebot des Trägers = Gewichtung 33 %

Die Zuschlagskriterien für Ferienbetreuung mit und ohne Rechtsanspruch lauten wie folgt:

- Inhaltliche Ausgestaltung des vorzulegenden Betreuungskonzeptes = Gewichtung 33 %

- Nachweis und Auflistung über die Qualifikation und die Erfahrung des einzusetzenden Personals = Gewichtung 35 %

- Kostenkalkulation/ Gesamtangebot des Trägers = Gewichtung 32 %

Die Wertung zu Fachlos 2 findet auf Basis der Anlage 1b (für den OGTA) und Anlage

5b (für die Ferienbetreuung) statt. Dabei fließt das Ergebnis gem. Anlage 1b zu 80

% und das Ergebnis gem. Anlage 5b zu 20 % in das Gesamtbewertungsergebnis ein.

Interne Kennung: 0002

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85312100
Betreuung in Tagesstätten

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 75200000
Kommunale Dienstleistungen

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 85300000
Dienstleistungen des Sozialwesens und zugehörige Dienstleistungen

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 85320000
Dienstleistungen im Sozialwesen

5.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: Pinneberg (DEF09)

Land: Deutschland

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/02/2027

Enddatum der Laufzeit: 22/06/2029

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): nein

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: Keine strategische Beschaffung

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums:

Folgende Unterlagen sind mit Angebot einzureichen, sofern diese zutreffend für den Bieter / Arbeitsgemeinschaft ist:

- Angabe des Umsatzes der letzten 3 Geschäftsjahre;
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte;
- Angabe über das Vorliegen einer Insolvenz / Liquidation, ggf. Vorlage rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan;
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist;
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt;
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers;
- Nachweis gewerberechtlicher Voraussetzung für die Ausführung;
- Nachweis Präqualifizierung / Eigenerklärung Eignung: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in das amtliche Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (DIHK). Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist Bestandteil der Vergabeunterlagen zu dieser Ausschreibung.
- Eigenerklärung EU: Weiterhin ist die „Eigenerklärung EU zu EU Sanktionen gegen Russland“ vom Bieter auszufüllen und unterschrieben mit dem Angebot einzureichen.

- Verpflichtungserklärung nach § 4 VGSH
Bieter müssen die Verpflichtungserklärung zur Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen, Mindest- und Tariflohn gemäß § 4 Vergabegesetz Schleswig-Holstein vom 08.02.2019 – VGSH -in der derzeit gültigen Fassung- (ab einem geschätzten Auftragswert von 20.000 Euro netto) mit Einreichung des Angebotes abgeben. Gelangt das Angebot in die engere Wahl haben präqualifizierte und nicht präqualifizierte Unternehmen einen Nachweis der Entrichtung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung einzureichen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums:

Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

Mit Angebot legt der Bieter, orientierend an den unter Rahmenbedingungen beschriebenen Leistungen (Zeitstruktur und inhaltliche Gestaltung), mindestens 2 aussagekräftige Referenzen dazu vor. Die Referenzen beziehen sich auf einen Zeitraum von mindestens 3 Jahren in den letzten 4 Jahren. Die benannten Referenzen müssen jeweils ein Auftragsvolumen von mindestens netto 50.000,00 Euro jährlich gehabt haben. Die geforderten Referenzen sind jeweils nur einmal für das gesamte Fachlos 1 und / oder Fachlos 2 (abhängig davon, ob ein oder beide Lose angeboten werden) vorzulegen und müssen sich mindestens auf das OGTA bzw. GTA (sh. auch Anl. 1.1.1 bis 2.4.2) beziehen. Zu den Referenzen werden Ansprechpartner*innen mit Kontaktdaten vorgelegt.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/0b48888f-331b-47aa-97ab-04216723473c

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/0b48888f-331b-47aa-97ab-04216723473c

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Nebenangebote: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote:
16/11/2026 10:00 +01:00

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 63 Tag

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin - Beschreibung: Bieter sind bei der Eröffnung gem. § 55 Abs. 2 VgV nicht zugelassen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Es liegen die Vertragsmuster den Vergabeunterlagen bei. Sofern nicht anders in den Verträgen geregelt, gilt die VOL/B. Die gilt insbesondere für die Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen gemäß § 17 VOL/B.

Der AN hat eine Vertragsstrafe für Verzug bei Überschreitung der Ausführungsfristen für jede vollendete Woche 0,5 Prozent desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann, zu zahlen. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der

Überschreitung von Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht. Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 8 Prozent der an den Auftragnehmer zu zahlenden Vergütung (= objektiv berechnete Schlussrechnungssumme ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Eine Vertragserfüllungsbürgschaft wird nicht vereinbart. Eine Sicherheit für Mängelansprüche wird nicht vereinbart.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1)

Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB

innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar

sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung

benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar

sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs-

oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu

rügen.

(4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15

Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu

wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

(5) Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages

hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne

vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union

vergeben hat, ohne dass dies auf Grund Gesetzes

gestattet ist, kann die Unwirksamkeit

nur festgestellt werden, wenn sie im

Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30

Kalendertagen

nach der Information der betroffenen Bieter und

Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber

über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss

geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt

der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die

Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung

der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135

GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Kreis Pinneberg, Zentrale Vergabestelle

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Kreis Pinneberg, Zentrale Vergabestelle

Identifikationsnummer: 9193

Postanschrift: Kurt-Wagener-Str. 11

Ort: Elmshorn

Postleitzahl: 25337

NUTS-3-Code: Pinneberg (DEF09)

Land: Deutschland

E-Mail: zentralevergabestelle@kreis-pinneberg.de

Telefon: +49 412145024455

Internet-Adresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Beschafferprofil - URL: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

**Organisation, die zusätzliche Informationen über
das Vergabeverfahren bereitstellt**

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Identifikationsnummer: 62bd4e59-d89a-45b5-8779-
e6f811450ad0

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Ort: Kiel

Postleitzahl: 24105

NUTS-3-Code: Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +49 431-9884542

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung:
0b48888f-331b-47aa-97ab-04216723473c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder
Konzessionsbekanntmachung - Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 14/10/2026
12:04 +02:00

**Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell
verfügbar ist:** Deutsch